

«Dieses Klimagesetz ist total falsch»

Strom-Doyen Hans E. Schweickardt erklärt, wie Wunschdenken den Abstimmungskampf prägt, warum er weiter mit Öl heizt und Europa der grosse Verlierer des Ukraine-Konflikts ist.

Von Marcel Odermatt, Weltwoche, 31.05.2023

Seit Jahrzehnten zählt der Schweizer ETH-Elektroingenieur Hans E. Schweickardt, 78, zu den führenden Akteuren der europäischen Strombranche. Unter seiner Regie wurde die Fusion von EOS und Atel zur Alpiq vollzogen. Schweickardt führte das grösste Energieunternehmen der Schweiz als CEO und Verwaltungsratspräsident, gründete die Strombörse und ist stellvertretender Verwaltungspräsident der European-Energy-Exchange-Gruppe, der inzwischen weltgrössten Energiebörse.

Heute wirkt Schweickardt vor allem in Polen. Er ist CEO der Kulczyk-Holding-Gruppe und Verwaltungsrat von Polenergia, Polens grösster privater Gesellschaft im Bereich der erneuerbaren Energien. Wir treffen den vielbeschäftigten Manager am Flughafen Zürich, um mit ihm über das Klimagesetz zu sprechen. Es kommt am 18. Juni zur Abstimmung und sieht einen Umbau der Energieversorgung vor.

Weltwoche: Herr Schweickardt, in zwei Wochen stellt die Schweiz energiepolitisch die Weichen neu. Der Ausstieg aus den fossilen Brenn- und Treibstoffen soll im Gesetz festgeschrieben werden. Sie sind seit Jahrzehnten im Stromgeschäft tätig. Wirtschaftsführer lieben klare Vorgaben. Wie stimmen Sie ab?

Hans E. Schweickardt: Ich lehne diese Vorlage aus Überzeugung ab, sie ist total falsch.

Weltwoche: Sie lieben Biathlon. Um den Wintersport zu erhalten, ist eine Dekarbonisierung der Wirtschaft sinnvoll. Wir blasen viel zu viel CO₂ in die Atmosphäre.

Schweickardt: Ja, Klimaschutz ist wichtig. Wir müssen unseren CO₂-Ausstoss vermindern, das steht für mich ausser Diskussion. Der Temperaturanstieg muss eingedämmt werden. Die Frage ist einzig, wie wir das machen. Das Gesetz ist nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Es schafft sogar neue Probleme.

Weltwoche: Wie meinen Sie das?

Schweickardt: Wenn wir auf fossile Energieträger verzichten, werden wir deutlich mehr Strom benötigen. Wir haben jedoch weder die Mittel noch die Anlagen, um genügend Strom für diesen Umbau zu produzieren. Das vorgeschlagene Gesetz verschärft das Problem sogar noch. Die Menschen bekommen mit Subventionen Anreize, ihre Ölheizung zu entfernen und eine Wärmepumpe zu installieren. Das heisst, wir brauchen noch mehr Strom, den wir nicht haben. Das Gleiche gilt für die Elektromobilität. Auch hier werden Anreize gesetzt, sich ein solches Gefährt anzuschaffen. Dem Volk sollten diese Zusammenhänge unbedingt transparent gemacht werden. Leider passiert das in diesem Abstimmungskampf viel zu wenig. Statt Fakten regieren ideologische Wunschträume.

Weltwoche: Sie vertreten doch das polnische Unternehmen Polenergia, das einen gigantischen Windpark in der Ostsee baut und sehr grosse Windparks auf dem Land betreibt.

Schweickardt: Ja, deshalb weiss ich auch, wovon ich spreche. In der Schweiz ist das Windaufkommen zu gering, um diese Turbinen zu betreiben. Das ist aber notwendig. Diese Windturbinen bringen auch grosse Belastungen mit sich. Mal abgesehen von der Verschandelung der Landschaft: Eine fünf Megawatt starke Anlage wird bis zu vierzig Meter tief mit 400 Tonnen Beton verankert. Dazu kommt der Stahl für den rohrförmigen Turm und die Rotoren. Die Herstellung verbraucht viel CO₂. Ein solches Gerät ist also nur sinnvoll, wenn es windet. In der Ostsee ist das der Fall, in der Schweiz dagegen nicht.

«Wir müssen uns damit abfinden, dass sich früher oder später ein Blackout ereignen wird.»

Weltwoche: Die Anhänger des Klimagesetzes sehen auch in Solaranlagen gewaltiges Potenzial. Wie stehen Sie zur Sonnenenergie? Haben Sie persönlich Fotovoltaikmodule auf Ihrem Haus?

Schweickardt: Nein.

Weltwoche: Wie heizen Sie?

Schweickardt: Mit Öl. Ich habe einen neuen Brennwertkessel eingebaut. Für 250 Quadratmeter Wohnfläche brauche ich 1800 Liter Öl im Jahr, inklusive Warmwasseraufbereitung.

Weltwoche: Warum setzen Sie für die nächsten Jahrzehnte weiter auf fossile Energie?

Schweickardt: Ich habe zwei Offerten eingeholt. Eine für eine Wärmepumpe, eine für einen Brennwertkessel. Letzterer kostete mich inklusive Arbeit rund 20 000 Franken, eine Wärmepumpe wäre doppelt so teuer gewesen. Eine Erdsonde war in meinem Wohnort Neerach wegen des Grundwassers nicht möglich.

Weltwoche: Der Bereich, der am wenigsten auf Opposition stösst, ist die Wasserkraft. Als Präsident von Alpiq waren Sie unter anderem mitverantwortlich für das Speicherkraftwerk Cleuson-Dixence im Wallis. Wo sehen Sie in diesem Bereich Ausbaupotenzial?

Schweickardt: Theoretisch gibt es noch Täler, die gestaut werden könnten. Das Problem ist der Umweltschutz. Deshalb ist das Potenzial beschränkt, glaube ich.

Weltwoche: Wind- und Sonnenenergie sind limitiert, der Zubau von Wasserkraft ebenfalls. Sie zeichnen ein düsteres Bild.

Schweickardt: Ja, wir müssen uns damit abfinden, dass sich früher oder später ein Blackout ereignen wird. So sicher wie das Amen in der Kirche. Aus diesem Grund wird in meinem Haus gerade ein Notstromaggregat installiert.

Weltwoche: Diese Möglichkeit haben die wenigsten. Wird die grosse Mehrheit der Bevölkerung eines Tages im Dunkeln sitzen?

Schweickardt: Ja, leider. Das Problem ist, dass es eine Weile dauern wird, bis der Strom dann wieder fliesst. Ein Blackout lässt sich nicht in wenigen Stunden wieder beheben. Das zugrundeliegende Problem der fehlenden Stromerzeugung wird Jahre in Anspruch nehmen, bis es halbwegs behoben sein wird.

Weltwoche: Was würden Sie tun?

Schweickardt: Es braucht eine realistische Sicht auf die Dinge. Statt den Menschen Sand in die Augen zu streuen, braucht es Fakten. Nicht wie in diesem Abstimmungskampf, der nicht für Transparenz sorgt und die Stimmbürger im Unwissen über die tatsächliche Situation lässt.

Weltwoche: Wissen allein nützt nichts. Es bräuchte auch Taten.

Schweickardt: Ja, und das bedeutet, dass wir vor der Wahl stehen. Die alternativen Energien produzieren zu wenig Elektrizität. Zu Kohle und Gas wollen wir nicht zurück – darüber sind wir uns sicher einig. Deshalb braucht es eine Diskussion über die Kernkraft.

Weltwoche: Ist das realistisch? Anders als viele andere Staaten hat sich die Schweiz von der Atomkraft verabschiedet. Mit dem Ja zur Energiestrategie 2017 wurde der Bau von neuen Meilern verboten. Ist das Thema vom Tisch?

Schweickardt: Dieses Verbot war ein Fehler. Die Technologie der Kernkraft macht grosse Fortschritte. In den neuen Kugelhaufenreaktoren, die in China vor nicht allzu langer Zeit in Betrieb gegangen sind, kann es zu keiner Kernschmelze kommen. Diese können auch mit Thorium betrieben werden, was die Endlagerung in ein grundsätzlich anderes Licht rückt. Diese Reaktoren stellen eine Alternative dar. Wenn wir unseren CO₂-Fussabdruck reduzieren und die Stromversorgung sicherstellen wollen, braucht es eine Debatte ohne Scheuklappen. Im Übrigen ist die Renaissance der Atomkraft ausserhalb der deutschsprachigen Länder längst im Gange. Polen beispielsweise will raus aus der Kohle und plant deshalb zwei Meiler.

Weltwoche: Nicht nur in der Schweiz werden die Karten neu gemischt. Statt Deutschland beziehen jetzt Nationen wie China oder Indien im grossen Stil Energie aus Russland. Was sind die Konsequenzen dieser Verschiebung der tektonischen Platten der Weltwirtschaft?

Schweickardt: Europa ist der klare Verlierer des Krieges in Osteuropa. Die USA und Asien sind die Gewinner. Die Vereinigten Staaten liefern jetzt anstelle der Russen Flüssiggas nach Europa. Asiatische Länder beziehen jetzt verhältnismässig günstig Energie von Russland. Das verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Amerikaner und der Asiaten und verschlechtert die unsere. Dieser Konflikt wirkt sich wirtschaftlich eindeutig negativ auf Europa aus.

Weltwoche: Die Allianz Kompass Europa hat mit Ihrer Hilfe dazu beigetragen, das Rahmenabkommen mit der EU zu versenken. Angesichts der Situation in

Europa: Muss die Schweiz darauf zurückkommen, um ein Stromabkommen zu erhalten?

Schweickardt: Stromflüsse kennen keine Grenzen im herkömmlichen Sinn. Europa ist durch die Hochspannungsleitungen elektrisch verbunden; da kann die Politik nichts daran ändern; solange die Leitungen verbunden sind, kann nur solidarisch gehandelt werden. Dies bedeutet, dass eine koordinierte Netzführung zur Stabilität der europäischen Stromversorgung unumgänglich ist. Die Regeln dazu gehören in ein Stromabkommen. Ich hoffe, dass in Brüssel möglichst bald die Einsicht dämmert, dass ein Stromabkommen im gegenseitigen Interesse der Versorgungssicherheit liegt. Beide Seiten sind gut beraten, frei von Ideologien auf ein solches Abkommen zurückzukommen.